



Name: Hauke Dressel  
Geburtsdatum: 27.10.1967  
Familienstand: Eingetragene Partnerschaft  
Beruf: Software-Entwickler

Mitglied seit dem Gründungsparteitag in Köln und seit dem Umzug in den Rhein-Erft-Kreis in verschiedenen Funktionen für die Partei aktiv: Kreisvorstandsmitglied, Sprecher des Stadtverbandes Frechen, Stellvertretender Fraktionssprecher der Linksfraktion Frechen

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bewerbe mich als Delegierter für den Bundesparteitag ab dem 24.6. in Erfurt

### **Begründung:**

Unsere Partei steht nicht mehr nur am Abgrund, sondern schon mit einem Bein darüber. Sicher sind die Gründe dafür vielschichtig. Leider wurde eine Beauftragung unabhängiger Gutachterinnen mit einer systematischen Aufarbeitung des desaströsen Ergebnisses der letzten Bundestagswahl seitens der Parteispitze unterlassen.

Ich selbst habe Zweifel, dass eine Partei, die die kapitalistische Wirtschaftsweise in Frage stellt, innerhalb eines kapitalistischen Systems überhaupt langfristig erfolgreich sein kann. Wir sehen ja, dass Parteien wie CDU, SPD, Grüne und FDP sehr erfolgreich damit fahren, dass sie sich den Kapitalinteressen unterwerfen und dabei mit ihrer Politik nach objektiven Kriterien wie z.B. der Reallohn- und Rentenentwicklung sogar der Mehrheit der Menschen schaden. Denn nur wer das tut, bekommt von den Konzernmedien eine gute Presse, wer nicht, wird runter geschrieben. Unabhängige Medien gerade im Internet können zwar viele Informationen liefern, die nicht in 's Narrativ z.B. von „philanthropischen“ Multimilliardären passen, aber um solche Informationen muss man sich aktiv bemühen, wozu Menschen, deren Hauptsorge ist, überhaupt etwas im Kühlschrank zu haben, kaum die Muße und manchmal auch nicht die nötige Vorbildung und Medienkompetenz haben. (Was nicht als Schuldzuweisung sondern als schlichte Feststellung gemeint ist und auch mit unserem ständischen Bildungssystem zusammen hängt.) Dass die reichweitenstarken öffentlich-rechtlichen Medien in puncto Aufklärung leider auch versagen, liegt daran, dass auch sie neoliberalen Prinzipien unterworfen wurden und ihre meinungsbildenden Formate überwiegend privat produziert und von Millionären wie Jauch, Will, Plasberg usw. moderiert werden.

Als teils antikapitalistische, teils kapitalismuskritische Partei haben wir im Kapitalismus also ohnehin schlechte Voraussetzungen und kämpfen nicht unter fairen Bedingungen. Aus meiner Sicht haben wir aber auch selbst dazu beigetragen, Menschen von uns fort zu treiben:

Zum einen, indem wir oftmals demonstriert haben, dass auch wir für eine Beteiligung an den Fleischtrögen der Macht bereit waren und sind, dem TINA-Prinzip des Neoliberalismus zu folgen und grundsätzlich falsche Politiken wie Privatisierungen öffentlicher Wohnungsbestände, Aufnahme

von Schuldenbremsen in Landesverfassungen und ähnliches mitzumachen. Das hat gerade beim politisch bewussten Teil der Wählerinnen viel Vertrauen gekostet. Wie viel, kann man z.B. in den Diskussionsforen der Online-Plattform Telepolis bestätigt finden, wo von links gesinnten Forentinnen auch nach Jahrzehnten immer wieder auf solche Dinge hingewiesen wird. In Berlin z.B. muss sich noch zeigen, ob die Koalition wirklich aufgekündigt wird, wenn es nicht – wie von der Mehrheit der Berlinerinnen klar gewünscht – zur Enteignung von Wohnungskonzernen kommt. Oder ob die LINKE dort die Zerschlagung der S-Bahn verhindern wird. Wenn da, wo wir an Regierungen beteiligt sind, am Ende doch wieder Politik im Sinne des Kapitals herauskommt, machen wir uns überflüssig und unglaubwürdig. Hier müssen auch ganz klar die Erwartungen, die an Regierungsbeteiligungen geknüpft sind, gedämpft werden: Selbst eine hypothetische Alleinregierung der LINKEN im Bund und in den Ländern könnte unter den derzeitigen Bedingungen von EU-Verträgen (Maastricht, Lissabon) und Investitionsschutzabkommen keinen demokratischen Sozialismus einführen, da diese einseitig auf die Durchsetzung von Kapitalinteressen ausgerichtet sind.

Zum zweiten haben wir Menschen vergrault, indem wir uns in selbstgerechter Manier oft genau gegen diejenigen „kleinen Leute“ gewendet haben, für die wir eigentlich da sein sollten, wenn sie das aus unserer Sicht noch „falsche Bewusstsein“ hatten oder haben. Z.B. wenn wir Menschen zu Rassisten erklären, weil sie ihre Chancen auf eine bezahlbare Mietwohnung durch starke Migration bedroht sehen. Natürlich ist der Kern des „Linksseins“ ein humanistisches Weltbild, dass alle Menschen als gleichwertig anerkennt. Deshalb ist Linkssein grundsätzlich unvereinbar mit Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie, Antiziganismus, Klassismus usw. Und deshalb erkennen wir auch an, dass Menschen, die vor Krieg, Not, Ausbeutung und Verfolgung, bald wahrscheinlich auch vor den Folgen der Klimakrise zu uns fliehen, die bestmögliche Aufnahme und Unterstützung gewährt werden muss.

Das enthebt uns aber eben nicht der Aufgabe, gleichzeitig auch dafür zu kämpfen, dass auch die Auswirkungen der Migration hierzulande und in den Herkunftsländern (Stichwort: brain-drain) gerecht gestaltet werden müssen. Hierzulande z.B. indem man wieder in nennenswertem Umfang Vermögenssteuern und Erbschaftssteuern erhebt und diese unter anderem für einen umfassenden öffentlichen Wohnungsbau nutzt. (Was immerhin in allen unseren Programmen steht, aber auch wieder selbstbewusst und laut vertreten werden muss.)

Und es enthebt uns auch nicht der Erkenntnis, dass Migration in ein fremdes Land für die Migrantinnen aus der Not geboren ist, und diese Not oft gerade erst durch die imperialistischen Kriege unserer „Verbündeten“ und auch durch die aus neokolonialistischer Ausbeutung entstandene Ungleichheit geboren wurde und wir als Linke die Aufgabe haben, zumindest genau diese bei uns liegenden Ursachen der Not in anderen Ländern ebenfalls zu bekämpfen. Der Kampf gegen die vor allem vom globalen Norden verursachte Klimakrise ist dabei nun eingeschlossen, denn deren Folgen werden die Bewohnerinnen des globalen Südens am frühesten und am härtesten treffen.

Der Kampf gegen die Klimakrise, das Artensterben, die Plastikverschmutzung usw. ist ohnehin Voraussetzung für alles weitere, denn ohne den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen brauchen wir auch über einen demokratischen Sozialismus nicht mehr sprechen. Immerhin wird auch für viele Menschen der bürgerlichen Mitte inzwischen erkennbar, dass kapitalistisches Profitstreben mit Klimaschutz nicht vereinbar ist und geradewegs in den Abgrund führt. Noch machen zwar bürgerliche Medien und bürgerliche Parteien den Menschen vor, es könne so etwas wie eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ geben, die unsere Lebensgrundlagen bewahrt, aber das wird sich nach und nach als Selbstbetrug erweisen. Leider könnten bis zum Durchdringen dieser Erkenntnis schon zahlreiche Kippunkte wie das Tauen des Permafrosts überschritten sein, so dass wir auch hier das Mögliche tun müssen, um sie in's öffentliche Bewusstsein zu bringen. Obwohl Marx vom Treibhauseffekt noch nichts ahnen konnte, hat er schon deutlich benannt, dass die Natur

**die** materielle Voraussetzung für die Reproduktion von Gesellschaften ist. Er bezeichnete das Verhältnis von Mensch und Natur treffend als „Stoffwechsel“.

Nun zu den leider aktuellen Themen Krieg und NATO: Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist zweifellos völkerrechtswidrig und zu verurteilen. Jeder dadurch getötete, verletzte oder vertriebene Mensch ist zutiefst zu beklagen.

Es könnte aber nichts falscher sein, als hieraus den Schluss zu ziehen, dass unsere bisherige Anti-NATO-Linie falsch war. Ganz im Gegenteil können nur wir den Angriff von Putins Russland auf die Ukraine ohne die im Westen mittlerweile umfassend verbreitete Heuchelei verurteilen, denn nur unsere Vorgängerpartei PDS hat auch schon den ebenso völkerrechtswidrigen Überfall der NATO auf das frühere Jugoslawien verurteilt, dem ebenfalls über zweitausend unschuldige Menschen zum Opfer fielen. Von den zahlreichen nachfolgenden Angriffskriegen, die von NATO-Verbündeten unter Lügen begonnen wurden, und deren Opferzahlen in die Hunderttausende gingen, ganz zu schweigen. Wenn man die humanistische Position von der Gleichwertigkeit aller Menschen annimmt, dann zählen Opfer eines russischen Angriffskriegs ebenso wie die Opfer der Angriffskriege unserer „Verbündeten“, und dann müsste die EU z.B. gegen die USA und viele ihrer eigenen Mitgliedsstaaten ebenso Sanktionen verhängen, wie sie sie schon seit Jahren gegen Russland verhängt hat.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Für die Menschen im Donbass hat der Krieg nicht erst im Februar 2022 begonnen sondern schon nach dem aus dem Westen unterstützten Maidan-Putsch in Kiew im Jahre 2014. Jeder, der sich ein bisschen eingehender damit beschäftigt, sieht, dass in der Ukraine letztlich ein Stellvertreterkrieg zwischen zwei kapitalistischen Großmächten stattfindet, von deren Führungen nur eine, nämlich die der USA, das Ziel der Verteidigung und des Ausbaus ihrer weltweiten geostrategischen Dominanz verfolgt. Das entschuldigt und rechtfertigt den Überfall auf die Ukraine durch Russland natürlich in keiner Weise, aber es darf nun auch nicht durch diesen Überfall völlig aus den Augen geraten. Nur mit diesem Blick auf's Ganze lässt sich nämlich auch erkennen, dass neue oder stärkere Unterstützung für die NATO keinen Weg zum Frieden in der Welt darstellt, sondern im Gegenteil die Garantie für immer weitere Konflikte in der Welt, die mit Waffengewalt ausgetragen werden. Auch die Gefahr eines die Menschheit auslöschenden Atomkriegs ist durch die NATO größer, nicht kleiner.

Ich stehe daher auch weiter für den klaren Anti-NATO-Kurs unserer Partei und werde nur solche Bewerberinnen für die Parteispitze unterstützen, die versprechen, ihn nicht aufzuweichen.

Zu den zahlreichen -ismen und Phobien, die sich für Linke verbieten, gehört für mich übrigens auch die schon seit Jahrhunderten in Westeuropa verbreitete und nun wieder neu entflammte Russophobie. Vor dem Hintergrund, dass kein Land mehr Menschenleben im Kampf gegen Nazi-Deutschland geopfert hat und dass es dieses Land war, das dem unseren dennoch eine friedliche Wiedervereinigung geschenkt hat, ist eine Außenministerin die ankündigt „Russland ruinieren“ zu wollen (wohlgemerkt nicht bloß die russische Staatsführung, sondern das ganze Land) und die ihren Wehrmachtsopa als Vorläufer der europäischen Einigung darstellt, unendlich beschämend.

Zusammenfassend möchte ich also als Delegierter des Parteitags in Erfurt dazu beitragen, dass die LINKE sich auf die zentralen Themen konzentriert, die wichtiger sind denn je: Den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutungs- und Verwertungslogik, was es auch erforderlich macht, die Eigentumsfrage zu diskutieren, damit einhergehend den Kampf für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zuletzt den Kampf gegen Krieg und Militarismus als weiterhin existente Geißeln der Menschheit.